

STAATSRAT, VERWALTUNGSSTREITSACHENABTEILUNG

ENTSCHEID

Nr. 235.646 vom 30. August 2016

A. 211.386/Vbis-127

In der Rechtssache: **die Gemeinde Raeren,**
Wahlдомизил bei
Herrn Eric LEMMENS, Rechtsanwalt,
boulevard de la Sauvenière 68/2,
4000 Lüttich,

gegen:

die Wallonische Region,
vertreten durch ihre Regierung,
Wahlдомизил bei
Herrn Jean BOURTEMBOURG und
Frau Nathalie FORTEMPS, Rechtsanwälte,
rue de Suisse 24,
1060 Brüssel.

A. 211.388/Vbis-128

In der Rechtssache: **die Gemeinde Amel,**
Wahlдомизил bei
Herrn Eric LEMMENS, Rechtsanwalt,
boulevard de la Sauvenière 68/2,
4000 Lüttich,

gegen:

die Wallonische Region,
vertreten durch ihre Regierung,
Wahlдомизил bei
Herrn Jean BOURTEMBOURG und
Frau Nathalie FORTEMPS, Rechtsanwälte,
rue de Suisse 24,
1060 Brüssel.

A. 211.389/Vbis-129

In der Rechtssache: **die Gemeinde Lontzen,**
Wahlдомизил bei
Herrn Eric LEMMENS, Rechtsanwalt,
boulevard de la Sauvenière 68/2,
4000 Lüttich,

gegen:

die Wallonische Region,
vertreten durch ihre Regierung,
Wahldomizil bei
Herrn Jean BOURTEMBOURG und
Frau Nathalie FORTEMPS, Rechtsanwälte,
rue de Suisse 24,
1060 Brüssel.

A. 211.391/Vbis-130

In der Rechtssache: **die Gemeinde Burg-Reuland,**
Wahldomizil bei
Herrn Eric LEMMENS, Rechtsanwalt,
boulevard de la Sauvenière 68/2,
4000 Lüttich,

gegen:

die Wallonische Region,
vertreten durch ihre Regierung,
Wahldomizil bei
Herrn Jean BOURTEMBOURG und
Frau Nathalie FORTEMPS, Rechtsanwälte,
rue de Suisse 24,
1060 Brüssel.

A. 211.392/Vbis-131

In der Rechtssache: **die Stadt Sankt Vith,**
Wahldomizil bei
Herrn Eric LEMMENS, Rechtsanwalt,
boulevard de la Sauvenière 68/2,
4000 Lüttich,

gegen:

die Wallonische Region,
vertreten durch ihre Regierung,
Wahldomizil bei
Herrn Jean BOURTEMBOURG und
Frau Nathalie FORTEMPS, Rechtsanwälte,
rue de Suisse 24,
1060 Brüssel.

A. 211.394/Vbis-132

In der Rechtssache: **die Gemeinde Bütgenbach,**
Wahldomizil bei
Herrn Eric LEMMENS, Rechtsanwalt,
boulevard de la Sauvenière 68/2,
4000 Lüttich,

gegen:

die Wallonische Region,
vertreten durch ihre Regierung,
Wahldomizil bei
Herrn Jean BOURTEMBOURG und
Frau Nathalie FORTEMPS, Rechtsanwälte,
rue de Suisse 24,
1060 Brüssel.

A. 211.399/Vbis-133

In der Rechtssache: **die Gemeinde Kelmis,**
Wahldomizil bei
Herrn Eric LEMMENS, Rechtsanwalt,
boulevard de la Sauvenière 68/2,
4000 Lüttich,

gegen:

die Wallonische Region,
vertreten durch ihre Regierung,
Wahldomizil bei
Herrn Jean BOURTEMBOURG und
Frau Nathalie FORTEMPS, Rechtsanwälte,
rue de Suisse 24,
1060 Brüssel.

A. 211.400/Vbis-134

In der Rechtssache: **die Gemeinde Büllingen,**
Wahldomizil bei
Herrn Eric LEMMENS, Rechtsanwalt,
boulevard de la Sauvenière 68/2,
4000 Lüttich,

gegen:

die Wallonische Region,
vertreten durch ihre Regierung,
Wahldomizil bei
Herrn Jean BOURTEMBOURG und
Frau Nathalie FORTEMPS, Rechtsanwälte,
rue de Suisse 24,
1060 Brüssel.

A. 211.402/Vbis-135

In der Rechtssache: **die Stadt Eupen,**
Wahldomizil bei
Herrn Eric LEMMENS, Rechtsanwalt,
boulevard de la Sauvenière 68/2,
4000 Lüttich,

gegen:

die Wallonische Region,
vertreten durch ihre Regierung,
Wahlmizil bei
Herrn Jean BOURTEMBOURG und
Frau Nathalie FORTEMPS, Rechtsanwälte,
rue de Suisse 24,
1060 Brüssel.

DER STELLVERTRETENDE PRÄSIDENT DER KAMMER Vbis,

Aufgrund der von der Gemeinde Raeren am 20. Januar 2014 eingereichten Antragschrift zur Nichtigerklärung des Erlasses der Wallonischen Regierung vom 7. November 2013 zur Ausführung von Artikel L4211-3, § 5 des Kodex für lokale Demokratie und Dezentralisierung (A. 211.386/Vbis-127);

Aufgrund der am selben Tag eingereichten Antragschrift, mit der die Gemeinde Amel die Nichtigerklärung desselben Erlasses beantragt (A. 211.388/Vbis-128);

Aufgrund der am selben Tag eingereichten Antragschrift, mit der die Gemeinde Lontzen die Nichtigerklärung desselben Erlasses beantragt (A. 211.389/Vbis-129);

Aufgrund der am selben Tag eingereichten Antragschrift, mit der die Gemeinde Burg-Reuland die Nichtigerklärung desselben Erlasses beantragt (A. 211.391/Vbis-130);

Aufgrund der am selben Tag eingereichten Antragschrift, mit der die Stadt Sankt Vith die Nichtigerklärung desselben Erlasses beantragt (A. 211.392/Vbis-131);

Aufgrund der am selben Tag eingereichten Antragschrift, mit der die Gemeinde Bütgenbach die Nichtigerklärung desselben Erlasses beantragt (A. 211.394/Vbis-132);

Aufgrund der am selben Tag eingereichten Antragschrift, mit der die Gemeinde Kelmis die Nichtigerklärung desselben Erlasses beantragt (A. 211.399/Vbis-133);

Aufgrund der am selben Tag eingereichten Antragschrift, mit der die Gemeinde Büllingen die Nichtigkeitsklärung desselben Erlasses beantragt (A. 211.400/Vbis-134);

Aufgrund der am selben Tag eingereichten Antragschrift, mit der die Stadt Eupen die Nichtigkeitsklärung desselben Erlasses beantragt (A. 211.402/Vbis-135);

Aufgrund der ordnungsgemäß gewechselten Erwiderungs- und Repliksschriftsätze;

Aufgrund des von Herrn WIMMER, Erster Auditor beim Staatsrat, gemäß Artikel 93 der allgemeinen Verfahrensordnung erstatteten Berichts;

Aufgrund der Beschlüsse vom 13. Oktober 2015, die die Parteien laden, auf der öffentlichen Sitzung vom 8. Dezember 2015 um 14 Uhr zu erscheinen;

Aufgrund der Notifizierung dieser Beschlüsse und des Berichts an die Parteien;

Nach Anhörung von Frau VOGEL, Staatsrat, in ihrem Bericht;

Nach Anhörung der Bemerkungen von Frau Stéphanie MOOR, Rechtsanwältin, loco Herrn E. LEMMENS, Rechtsanwalt, die für die klagenden Parteien erscheint, und von Frau Gabriele WEISGERBER, Rechtsanwältin, loco Herrn J. BOURTEMBOURG und Frau N. FORTEMPS, Rechtsanwälte, die für die beklagte Partei erscheint;

Nach Anhörung der gleichlautenden Stellungnahmen von Herrn WIMMER, Erster Auditor;

Aufgrund des Titels VI Kapitel II der am 12. Januar 1973 koordinierten Gesetze über den Staatsrat;

In der Erwägung, dass der für die Untersuchung der Klagen nützliche Sachverhalt folgendermaßen aussieht:

1. Ab 1991 wurden in Belgien die ersten Formen des elektronischen Wahlverfahrens benutzt.

2. Durch das Gesetz vom 11. April 1994 zur Organisation der automatisierten Wahl wurde der König ermächtigt, zu beschließen, dass für Wahlkreise, Wahlkantone oder Gemeinden, die Er bestimmt, unter anderem bei den Parlaments-, Provinzial- und Gemeindewahlen ein automatisiertes Wahlsystem benutzt wird. Laut Artikel 3 dieses Gesetzes sind die automatisierten Wahlsysteme (elektronische Urne und ein oder mehrere Wahlapparate, die jeweils mit einem Bildschirm, einem Kartenleser für das Lesen und Registrieren von Magnetkarten, und einem Lichtstift ausgestattet sind) und die elektronischen Systeme zur Totalisierung der Stimmen eines Wahlkantons Eigentum der Gemeinde bzw. der Gemeinde, die Hauptort des Kantons ist.

Artikel 3 § 1 Absatz 2 dieses Gesetzes bestimmt Folgendes:

„ [...] sofern diese Apparatur vom Staat erworben wurde, muss die Gemeinde dem Staat jährlich während eines Zeitraums von zehn Jahren ab dem Datum der ersten Benutzung der Wahlapparatur einen Betrag entrichten, dessen Höhe vom König festgelegt wird. Dieser Betrag darf nicht über 20 Franc/0,50 EUR pro Wahl und pro eingetragenen Wähler liegen. Bei gleichzeitiger Abhaltung mehrerer Wahlen darf dieser Betrag keinesfalls über 50 Franc/1,25 EUR pro eingetragenen Wähler liegen [...]“.

Seit 1999 haben 39 wallonische Gemeinden, worunter die klagenden Parteien, sowie alle Gemeinden der Region Brüssel-Hauptstadt und 143 der 308 Gemeinden der Flämischen Region das elektronische Wahlsystem benutzt.

3. Die Regionen wurden danach für die Organisation der Gemeinde- und Provinzialwahlen zuständig.

Was die auf die Provinzial- und Gemeindewahlen anwendbaren Bestimmungen betrifft, wurden die Bestimmungen des o.a. Gesetzes vom 11. April 1994 durch den Erlass der Wallonischen Regierung vom 22. April 2004 (Kodex der lokalen Demokratie und der Dezentralisierung, abgekürzt KLDD) kodifiziert.

Artikel L4211-3 des KLDD in seiner ursprünglichen Fassung bestimmte Folgendes:

„ Art. L4211-3. § 1. Die in Artikel L4211-2 §1 erwähnten Systeme sind Eigentum der Gemeinde, wobei die elektronischen Systeme zur Totalisierung der Stimmen eines Wahlkantons Eigentum der Gemeinde sind, die Hauptort des Kantons ist.

Unbeschadet des Absatzes 1 und sofern diese Apparatur von der Region erworben wurde, muss die Gemeinde ihr jährlich während eines Zeitraums von zehn Jahren ab dem Datum der ersten Benutzung der Wahlapparatur einen Betrag entrichten, dessen Höhe von der Regierung festgelegt wird. Dieser Betrag darf nicht über 0,50 EUR pro Wahl und pro eingetragenen Wähler liegen. Bei gleichzeitiger Abhaltung mehrerer Wahlen darf dieser Betrag keinesfalls über 1,25 EUR pro eingetragenen Wähler liegen. Die Zahlung dieses Betrages erfolgt

durch Einziehung von Amts wegen zu Lasten des Kontos, das auf den Namen der betreffenden Gemeinden bei einem Kreditinstitut eröffnet ist, das je nach Fall die Bestimmungen der Artikel 7, 65 oder 66 des Gesetzes vom 22. März 1993 über den Status und die Kontrolle der Kreditinstitute erfüllt.

Unbeschadet des Absatzes 1 und sofern die Apparatur von einer oder mehreren öffentlichen Behörden erworben wurde, die nicht die Gemeinden sind, wird der im vorhergehenden Absatz erwähnte Betrag diesen Behörden im Verhältnis zu der von jeder dieser Behörden getätigten Investierung gezahlt gemäß Modalitäten, die von der Regierung festgelegt werden.

Wenn die Apparatur von der Gemeinde erworben wurde, beteiligt die Region sich finanziell an den Investierungskosten, und zwar in Höhe von zwanzig Prozent dieser Kosten gemäß den von der Regierung festgelegten Normen hinsichtlich der Anzahl Systeme; der in den Absätzen 2 und 3 erwähnte Betrag ist dann nicht zu entrichten.

§ 2. Kosten für Wartung und Lagerung der Apparatur gehen zu Lasten der Gemeinde. Der Beistand am Wahltag geht zu Lasten der Region.

Zu Lasten der Region bleiben jedoch die Kosten der Leistungen für Wartung und Lagerung, die von Unternehmen erbracht werden in Ausführung von Vereinbarungen, die vor In-Kraft-Treten des Gesetzes vom 11. April 1994 von der Region geschlossen worden sind.

§ 3. Die Gemeinde hat auf eigene Kosten und in kürzester Frist jede nicht mehr funktionstüchtige Apparatur reparieren zu lassen beziehungsweise zu ersetzen. In diesem Fall ist der in §1 Absatz 2 und 3 erwähnte Betrag bis zum Ablauf der in Absatz 2 desselben Paragraphen vorgesehenen Frist weiterhin zu entrichten.

§ 4. Für die Wahlen erforderliche Programme, Sicherheitscodes, individuelle Magnetkarten und Datenträger werden bei jeder Wahl von der Regierung oder von ihrem Beauftragten bereitgestellt.

In den Urnen vorgefundene Magnetkarten und nicht verwendete Magnetkarten werden mit Angabe ihrer Herkunft solange in den Räumen der Gemeindeverwaltung aufbewahrt, bis die Wahl definitiv für gültig oder ungültig erklärt worden ist. Für ungültig erklärte Magnetkarten und Magnetkarten, für die die Stimmabgabe für ungültig erklärt wurde, Magnetkarten, die für die vor Öffnung des Wahlbüros für die Wähler vom Vorsitzenden oder von den Mitgliedern des Wahlvorstandes vorgenommenen Teststimmabgaben verwendet wurden, Datenträger der Wahlbüros und vom Hauptwahlvorstand für die Totalisierung der Stimmen benutzte Datenträger, außer denjenigen, die vom Hauptwahlvorstand der Gemeinde benutzt wurden, werden mit Angabe ihrer Herkunft solange bei der Kanzlei des Gerichtes Erster Instanz oder des Friedensgerichtes aufbewahrt, bis die Wahl definitiv für gültig oder ungültig erklärt worden ist. Vom Hauptwahlvorstand der Gemeinde benutzte Datenträger werden mit Angabe ihrer Herkunft solange in den Räumen der Gemeindeverwaltung aufbewahrt, bis die Wahl definitiv für gültig oder ungültig erklärt worden ist“.

4. In der Erklärung zur Regionalpolitik 2009-2014 der Wallonischen Region wird vorgesehen, auf das elektronische Verfahren zu verzichten und das traditionelle Wahlverfahren für die Wahlen 2012 wieder einzuführen. Die Untersuchung alternativer Wahlverfahren, die billiger als das vom Föderalstaat eingesetzte Verfahren wären, wird auch vorgesehen.

5. Am 5. September 2011 richtet der regionale Minister für lokale Behörden und Städte an jede der betroffenen Gemeinden, inklusiv der neun klagenden Gemeinden, folgendes in französischer Sprache verfasstes Schreiben:

„ Le 9 juin 2011, le Gouvernement wallon a décidé de suspendre la procédure visant au développement d'un nouveau système de vote électronique pour des raisons budgétaires, et du retour général au vote papier en exécution de la Déclaration de politique régionale.

Le Gouvernement du 1^{er} septembre 2011 a toutefois laissé la possibilité aux communes qui utilisent le vote électronique depuis plusieurs années, de poursuivre l'expérience pour le scrutin d'octobre 2012 moyennant la prise en charge, par les communes, du coût du vote électronique pour ce qui dépasse le coût du vote papier.

Les frais incluent la mise à jour des logiciels, une vérification de toutes les machines, un upgrade technique et les charges administratives afférentes à l'encadrement de ce processus électoral spécifique. Le coût global d'une telle opération peut être estimé à 2 millions d'euros sur la base des frais exposés en 2006. Ces dépenses seraient dans un premier temps financées par la Wallonie, et récupérées après l'échéance électorale auprès des communes participantes au prorata du nombre d'électeurs.

Dans la mesure où les élections communales et provinciales sont simultanées, la pratique du vote électronique requiert l'accord de toutes les communes d'un même canton électoral. Une concertation entre communes est donc indispensable avant la prise de décision.

De manière à finaliser au plus tôt les processus à mettre en œuvre, je souhaite recevoir l'accord de votre Collège pour ce 16 septembre au plus tard, à confirmer par votre conseil communal pour le 3 octobre 2011 au plus tard. Passé ce délai, votre commune sera réputée renoncer à l'usage du vote électronique.

[...]“.

6. Neununddreißig wallonische Gemeinden, worunter die klagenden Parteien, entscheiden sich dafür, das elektronische Wahlverfahren für die Wahlen von Oktober 2012 anzuwenden.

7. Das Dekret vom 19. Dezember 2012 zur Festlegung des allgemeinen Einnahmenhaushaltsplans der Wallonischen Region für das Haushaltsjahr 2013 enthält einen Artikel 22, der an Artikel L4211-3 des KLDD einen Paragraphen 5 mit folgendem Wortlaut hinzufügt:

„ § 5. Ab den Gemeinde- und Provinzialwahlen 2012 werden die durch die Paragraphen 2 und 4 vorliegenden Artikels zu Lasten der Wallonie gehenden Ausgaben sowie die Ausgaben für das technische Upgrade der Maschinen und die mit der Begleitung dieses Wahlverfahrens verbundenen Verwaltungskosten nach Abschluss der Stimmabgabe durch die Gemeinden, die diese Maschinen benutzt haben, nach den durch die Regierung festgelegten Modalitäten bis zur Höhe des Betrags, der die Kosten der Wahl mit Stimmzettel überschreitet, zurück erstattet“.

Diese Bestimmung ist am 1. Januar 2013 in Kraft getreten.

Der Kommentar zu Artikel 22 des o.a. Dekrets vom 19. Dezember 2012 enthält folgende Erklärung:

„ Cet article assure une base juridique à la récupération, auprès des communes ayant choisi d'utiliser les techniques électroniques de vote, des frais supplémentaires liés à ce mode de scrutin lors des élections communales et provinciales d'octobre 2012“ (Dok. Wall. Parl., Sitzung 2012-2013, 4-IV a, Nr. 1, Anlage 5, und 4-IV bcd, Nr. 1, Anlage 5, S. 7, Punkt II.1.).

8. Am 7. November 2013 verabschiedet die Wallonische Regierung einen Erlass „zur Ausführung von Artikel L4211-3, § 5 des Kodex für lokale Demokratie und Dezentralisierung“, der wie folgt lautet:

„ Die Wallonische Regierung,

Aufgrund des Sondergesetzes vom 13. Juli 2001 zur Übertragung verschiedener Befugnisse auf die Regionen und Gemeinschaften, insbesondere des Artikels 4;

Aufgrund des Dekrets vom 27. Mai 2004 zur Bestätigung des Erlasses der Wallonischen Regierung vom 22. April 2004 zur Kodifizierung der Gesetzgebung betreffend die lokalen Behörden;

Aufgrund des Kodex für lokale Demokratie und Dezentralisierung, insbesondere des durch Artikel 22 des Dekrets vom 19. Dezember 2012 eingeführten Artikels L4211-3, § 5;

Aufgrund der Mitteilung des Ministers für lokale Behörden und Städte vom 3. September 2012, in der insbesondere die Anzahl der in jeglichem Wahldistrikt eingetragenen Wähler festgesetzt wird;

Auf Vorschlag des Ministers für lokale Behörden und Städte;

Nach Beratung,

Beschließt:

Artikel 1 - Die aufgrund § 2 und § 4 von Artikel L4211-3 zu Lasten der Wallonie gehenden Ausgaben, einschließlich der Ausgaben für die Verwaltungskosten bezüglich der Begleitung im Rahmen des elektronischen Wahlverfahrens, belaufen sich auf € 714.351,06 und betreffen 521.561 Wähler. Der Aufwand je Wähler beträgt €1,37.

Art. 2 - Die Ausgaben für die Stimmabgabe auf Papier belaufen sich auf € 197.307,11 und betreffen 2.043.764 Wähler. Der Aufwand je Wähler beträgt € 0,10.

Art. 3 - Die Gemeinden, die das elektronische Wahlverfahren anwenden, müssen gemäß nachstehender Tabelle den Betrag von € 1,27 pro Wähler zahlen:

Wahlkanton	Gemeinde	Wähler 2012	Beteiligung
HENNEGAU			
Frasnes-lez-Anvaing	Frasnes-lez-Anvaing	8 739	€ 11.099
Lens	Lens	3 139	€ 3.987
	Jurbise	7 083	€ 8.995
LÜTTICH			
Aywaille	Aywaille	9 045	€ 11.487

	Comblain-au-Pont	3 991	€ 5.069
	Esneux	10 371	€ 13.171
	Sprimont	10 700	€ 13.589
Bassenge	Bassenge	6 577	€ 8.353
	Juprelle	6 760	€ 8.585
	Oupeye	18 440	€ 23.419
Eupen	Eupen	13 283	€ 16.869
	Kelmis	5 997	€ 7.616
	Lontzen	3 566	€ 4.529
	Raeren	5 123	€ 6.506
Fléron	Fléron	12 217	€ 15.516
	Beyne-Heusay	8 616	€ 10.942
	Blegny	10 033	€ 12.742
	Chaufontaine	16 603	€ 21.086
	Soumagne	12 089	€ 15.353
	Trooz	6 064	€ 7.701
Grâce-Hollogne	Grâce-Hollogne	15 530	€ 19.723
	Awans	6 958	€ 8.837
	Flémalle	19 040	€ 24.181
Herstal	Herstal	26 449	€ 33.590
Lüttich	Lüttich	130 995	€ 166.364
Saint-Nicolas	Saint-Nicolas	15 301	€ 19.432
	Ans	20 410	€ 25.921
Sankt Vith	Sankt Vith	7 167	€ 9.102
	Amel	4 126	€ 5.240
	Büllingen	4 036	€ 5.126
	Burg-Reuland	2 961	€ 3.760
	Bütgenbach	4 309	€ 5.472
Seraing	Seraing	43 539	€ 55.295
	Neupré	7 671	€ 9.742
Verlaine	Verlaine	2 978	€ 3.782
	Villers-le-Bouillet	4 747	€ 6.029
Visé	Visé	13 069	€ 16.598
	Dalhem	5 237	€ 6.651
LUXEMBURG			
Durbuy	Durbuy	8 602	€ 10.925

Art. 4. Der Minister für lokale Behörden und Städte wird mit der Durchführung des vorliegenden Erlasses beauftragt“.

Dieser Erlass wird im Belgischen Staatsblatt vom 20. November 2013 veröffentlicht. Es handelt sich um den beanstandeten Akt.

9. Am 27. Dezember 2013 richten jeweils die Stadt Eupen und die Stadt Sankt Vith folgendes in französischer Sprache verfasstes Schreiben an den Minister:

„ Monsieur le Ministre,

Nous avons pris connaissance de l'arrêté du Gouvernement wallon du 7 novembre 2013 fixant à 1,27 euros la participation financière des Communes ayant utilisé le processus électronique lors des élections communales et provinciales du 14 octobre 2012.

Nous ne pouvons pas vous cacher que tant cet arrêté d'exécution que l'article L4211-3 § 5 du Code de la Démocratie locale et de la Décentralisation sur la base duquel il a été pris, nous laissent songeurs.

En effet, ces dispositions normatives nous paraissent soulever d'importantes questions tant en terme de légitimité qu'en terme de légalité.

Nous observons que sa motivation est particulièrement sibylline et ne permet pas de comprendre le bien-fondé de la décision d'imputer à charge des seules Communes ayant recours au vote électronique des frais particulièrement élevés alors qu'il ne peut être sérieusement contesté que:

- l'upgrade technique du logiciel a été fait pour les élections 2006;
- les cartes magnétiques sont à notre disposition depuis vingt ans, qu'elles sont réutilisables et n'ont pas fait l'objet d'un renouvellement. De même, il n'y a eu aucun matériel supplémentaire à celui qui est habituellement utilisé par les Communes;
- certains logiciels relatifs aux élections de 2012 ont été mis à la disposition des Communes utilisant le vote papier;
- l'assistance technique a fait l'objet d'une facturation directe de STESUD aux Communes et qu'elle a donc déjà été prise en charge par les budgets de ces dernières;
- qu'il ressort des informations reçues de la firme STESUD ainsi que d'un courriel émanant de Monsieur STASSEN, Commissaire d'arrondissement, que le coût du travail réalisé et facturé est inférieur à 0,50 euros par électeur.

Nous estimons que ces observations démontrent à suffisance que cet arrêté ne repose pas sur des motifs légitimes ou des considérations d'intérêt général acceptables et partant, présente un caractère injuste pour les Communes ayant recours au vote électronique en créant une véritable discrimination entre celles-ci et celles ayant recours au vote par bulletins papiers.

Nous rejetons également le fait que ces dispositions puissent s'appliquer à des situations antérieures à leur adoption puisqu'elles ont vocation à s'appliquer également aux élections communales et provinciales d'octobre 2012.

Ce rejet s'appuie notamment sur le fait qu'aucune circonstance de nature à expliquer cette rétroactivité n'est avancée et ne permet de justifier l'atteinte grave qui est ainsi portée à la sécurité juridique des Communes.

Pour toutes ces raisons, nous ne pouvons que vous inviter, Monsieur le Ministre, à retirer de l'ordonnancement juridique ces dispositions manifestement illégales et inconstitutionnelles.

A défaut, nous serons amenés à soumettre les susdites à la censure du Conseil d'Etat et/ou des Cours et tribunaux de l'ordre judiciaire“.

Am 6. Januar 2014 richtet die Gemeinde Amel ein gleiches, ebenfalls in französischer Sprache abgefasstes Schreiben an den Minister.

10. Am 30. Januar 2014 sendet der Minister den wallonischen Gemeinden, sowohl des französischen als des deutschen Sprachgebiets, die sich für das elektronische Wahlsystem entschieden haben, folgendes in französischer Sprache abgefasstes Schreiben zu:

„ La publication de l'arrêté du Gouvernement wallon du 7 novembre 2013 portant exécution de l'article L4211-3, § 5, du CDLD, a suscité une réaction de certaines communes.

Pour rappel, la Déclaration de politique régionale 2009-2014 prévoyait expressément le retour généralisé au vote papier pour les élections communales et provinciales du 14 octobre 2012.

J'ai toutefois pris l'initiative de lancer un marché public en vue du développement d'un nouveau système de vote électronique, autre que celui développé par le pouvoir fédéral au vu du coût exorbitant de celui-ci.

Le 9 juin 2011, le Gouvernement wallon a décidé de suspendre la procédure visant au développement de ce nouveau système de vote électronique pour des raisons budgétaires et, dans la foulée, du retour général au vote papier en exécution de la Déclaration de politique régionale.

Sous l'insistance des 39 communes wallonnes qui pratiquent le vote électronique, le Gouvernement a in fine décidé le 1^{er} septembre 2011 de leur laisser la possibilité de poursuivre l'expérience pour le scrutin d'octobre 2012 moyennant la prise en charge par ces communes du coût du vote électronique pour ce qui dépasse le coût du vote papier.

Un courrier type a été adressé aux 39 communes le 5 septembre 2011 afin de savoir si elles marquaient leur accord sur les conditions de mise en œuvre du vote électronique (voir document en annexe). Ce courrier précisait ce qui suit :

« Les frais incluent la mise à jour des logiciels, une vérification de toutes les machines, un upgrade technique et les charges administratives afférentes à l'encadrement de ce processus électoral spécifique. Le coût global d'une telle opération peut être estimé à 2 millions d'euros sur la base des frais exposés en 2006. Ces dépenses seraient dans un premier temps financées par la Wallonie, et récupérées après l'échéance électorale auprès des communes participantes au prorata du nombre d'électeurs.

Dans la mesure où les élections communales et provinciales sont simultanées, la pratique du vote électronique requiert l'accord de toutes les communes d'un même canton électoral. Une concertation entre communes est donc indispensable avant la prise de décision.

De manière à finaliser au plus tôt les processus à mettre en œuvre, je souhaite recevoir l'accord de votre Collège pour ce 16 septembre au plus tard, à confirmer par votre conseil communal pour le 3 octobre 2011 au plus tard. Passé ce délai, votre commune sera réputée renoncer à l'usage du vote électronique».

Vous avez marqué votre accord par délibération du [...] 2011. Toutes les communes ont in fine répondu favorablement à cette proposition.

Un second courrier a été alors adressé à toutes les communes, avec les précisions suivantes:

« Faisant suite à mon courrier du 5 septembre 2011 relatif à l'objet visé sous rubrique, je vous informe que les 39 communes qui utilisent le vote électronique depuis plusieurs années ont décidé de poursuivre l'expérience lors des élections communales du 14 octobre 2012. Je vais donc prendre toutes les dispositions utiles en ce sens.

Le coût global d'une telle opération peut être estimé à 2 millions d'euros sur la base des frais exposés en 2006, indexés et arrondis avec une marge de sécurité (mise à jour des logiciels: 700.000 €, contrats d'assistance: 500.000 €, upgrade technique: 400.000 €, charges administratives: 250.000 €).

Ces dépenses seront financées par la Wallonie, et récupérées après l'échéance électorale auprès des communes participantes au prorata du nombre d'électeurs et sous déduction du coût du vote papier par électeur.

Pour garantir la parfaite transparence de cette opération, le Code de la démocratie locale et de la décentralisation va être adapté en ce sens.

Sur la base forfaitaire prévisionnelle de 2 millions d'euros, votre contribution s'élèverait, à titre indicatif, à environ 3 euros par électeur».

Il découle de ce qui précède que la procédure a été menée de manière transparente auprès de ces 39 communes. Les estimations de 2 millions d'euros et de 3 euros par électeur étaient bien des estimations maximales par extrapolation des coûts enregistrés en 2006.

L'AGW du 7 novembre 2013 établit le coût du vote électronique à 1,37 € par électeur. Ce montant est le résultat de la division des charges réelles du vote électronique par le nombre d'électeurs votant électroniquement (521.561).

A lire les délibérations reçues, il est permis de penser que la firme STESUD a induit en erreur les 39 communes (voir en annexe le courrier qu'elle a adressé à la ville de Liège le 26 octobre 2011). Les communes se sont bien acquittées auprès de cette firme du paiement du contrat de maintenance, qui couvre les réparations du matériel de vote pendant la préparation des élections.

Les charges qui ont incombé à la Wallonie sont différentes et englobent la mise à jour des logiciels électoraux (et certification), le contrat de maintenance pour les réparations ou remplacements de matériel pendant le week-end des élections, la livraison sécurisée des disquettes aux présidents des circonscriptions électorales concernées, et les charges administratives inhérentes à l'organisation du vote électronique.

Ces charges réellement exposées sont les suivantes:

Logiciels électoraux spécifiques (STESUD)	318 109,00 €
Contrat de maintenance (STESUD)	144 474,00 €
Livraison des disquettes (G4S)	1 768,06 €
Charges administratives DG05	250 000,00 €
Total	714 351,06 €

Notons que les charges administratives forfaitaires de 250.000 € couvrent la charge salariale des agents de la cellule Elections 2012 (3 A6 et 1 B3) au prorata de leur temps d'occupation sur des activités inhérentes au vote électronique (0.3 ETP pour chaque A6 et 0.5 ETP pour le B3) pendant les 3 ans de leur présence à la DGO5 sous couvert d'un CDD.

Il s'ensuit qu'aucun argument avancé n'est fondé et j'espère que ces informations complémentaires sont de nature à vous convaincre du bien-fondé de la démarche entreprise de récupérer le surcoût réel du vote électronique“.

11. Am 16. und 17. Januar 2014 haben zwanzig Gemeinden des französischen Sprachgebiets Nichtigkeitsklagen gegen den Erlass der Wallonischen Regierung vom 7. November 2013 zur Ausführung von Artikel L4211-3 § 5 des Kodex für lokale Demokratie und Dezentralisierung, der auch Gegenstand der vorliegenden Klagen ist, eingereicht (diese zwanzig Rechtssachen wurden unter den Verzeichnissen A. 211.335/XV-2433, A. 211.336/XV-2434, A. 211.338/XV-2435, A. 211.342/XV-2437, A. 211.344/XV-2438, A. 211.346/XV-2439, A. 211.347/XV-2440, A. 211.348/XV-2441, A. 211.351/XV-2442, A. 211.355/XV-2443, A. 211.358/XV-2445, A. 211.359/XV-2446, A. 211.364/XV-2448, A. 211.365/XV-2449, A. 211.367/XV-2450, A. 211.368/XV-2451, A. 211.369/XV-2452, A. 211.371/XV-2454, A. 211.373/XV-2456 und A. 211.375/XV-2457 in die Liste eingetragen).

Mit seinem Entscheid Nr. 229.503 vom 9. Dezember 2014 in Sachen Gemeinde Villers-Le-Bouillet und andere gegen die Wallonische Region hat der Staatsrat diese zwanzig Sachen zusammengefügt und dem Verfassungsgerichtshof drei Vorabentscheidungsfragen gestellt. In dem Entscheid Nr. 58/2016 vom 28. April 2016 hat der Verfassungsgerichtshof entschieden, dass Artikel L4211-3, § 5 des Kodex für lokale Demokratie und Dezentralisierung gegen die Artikel 10 und 11 der Verfassung, in Verbindung mit dem allgemeinen Grundsatz der Nichtrückwirkung gesetzeskräftiger Normen, verstösst, insofern er auf die Ausgaben und Kosten bezüglich der Gemeinde - und Provinzialwahlen von Oktober 2012 Anwendung findet. Diesem Entscheid des Verfassungsgerichtshofs zufolge hat der Staatsrat mit seinem Entscheid Nr. 235.271 vom 29. Juni 2016 den Erlass der Wallonischen Regierung vom 7. November 2013 für nichtig erklärt, insofern er die zwanzig in diesen Sachen klagenden Städte und Gemeinden betrifft und die Klagen für das Übrige abgewiesen;

In der Erwägung, dass die neun Klagen gegen denselben angefochtenen Akt gerichtet sind und die gleichen Klagegründe anführen; dass sie zusammenzufügen sind;

In der Erwägung, dass der Erste Auditor-Berichterstatter gemäß Artikel 93 der allgemeinen Verfahrensordnung einen Bericht erstattet hat, in dem er die Ansicht vertritt, dass der Rechtsgrund, den er von Amts wegen geltend macht, nur eine kurze Verhandlung erfordere;

In der Erwägung, dass die Rechtsbeistände der beklagten Partei am 3. Dezember 2015 einen Schriftsatz mit dem Titel „Sitzungsnotiz“ hinterlegt haben; dass die Hinterlegung einer solchen Sitzungsnotiz nach einem gemäß Artikel 93 der

allgemeinen Verfahrensordnung erstatteten Bericht nicht vorgesehen ist; dass die von der beklagten Partei hinterlegte „Sitzungsnotiz“ aus der Verhandlung auszuschließen ist;

In der Erwägung, dass die beklagte Partei anführt, dass der angefochtene Erlass die klagenden Parteien nur insofern benachteiligt als er die Beträge festlegt, die jede dieser Parteien gemäß Artikel L4211-3 KLDD zu entrichten hat; dass sie deshalb beantragt, die Klagen nur für zulässig zu erklären insofern sie gegen Artikel 3 des angefochtenen Erlasses gerichtet sind, soweit diese Bestimmung die jeweils zu Lasten jeder der klagenden Parteien gelegten Beträge festlegt;

In der Erwägung, dass die klagenden Parteien erwidern, dass die ihnen durch Artikel 3 des angefochtenen Erlasses zu Lasten gelegten Beträge auf Grundlage der in den Artikeln 1 und 2 dieses Erlasses erwähnten Angaben berechnet sind; dass ihnen zufolge die in diesen Artikeln 1 und 2 enthaltenen Angaben falsch sind, was ihnen Schaden zufüge; dass sie deshalb die Meinung vertreten, sie hätten ein Interesse daran, die Nichtigerklärung des beanstandeten Erlasses in allen seinen Bestimmungen zu beantragen;

In der Erwägung, dass hinsichtlich der Zulässigkeit zu bemerken ist, dass der angefochtene Erlass als ein Bündel einseitiger Rechtshandlungen mit individueller Tragweite einer Verwaltungsbehörde zu betrachten ist, die zum Ziel haben, gegenüber einem oder mehreren Bürgern oder gegenüber einer anderen Verwaltungsbehörde Rechtswirkung zu haben, im Sinne von Artikel 1 des Gesetzes vom 29. Juli 1991 über die ausdrückliche Begründung der Verwaltungsakte; dass die klagenden Parteien kein Interesse an der Beanstandung dieses Erlasses haben, insofern er die Beträge festlegt, die von anderen Gemeinden als sie selbst zu entrichten sind; dass die Klagen nur zulässig sind, insofern die klagenden Parteien die Anteile an den Ausgaben bezüglich der Benutzung des elektronischen Wahlsystems bei den Gemeinde- und Provinzialwahlen von Oktober 2012 beanstanden, die der angefochtene Erlass ihnen jeweils selbst zu Lasten legt;

In der Erwägung, dass außerdem festzustellen ist, dass Artikel L4211-3, § 5 KLDD den Gemeinden, die das elektronische Wahlverfahren benutzen, die Kosten dieses Wahlverfahrens „bis zur Höhe des Betrags, der die Kosten der Wahl mit Stimmzettel überschreitet“, auferlegt; dass Artikel 1 des angefochtenen Erlasses den Aufwand des elektronischen Wahlverfahrens je Wähler festlegt; dass Artikel 2 den Aufwand der Stimmabgabe auf Papier je Wähler festlegt; dass Artikel 3 den von jeder Gemeinde zu zahlenden Betrag festlegt, indem der Unterschied zwischen den in den Artikeln 1 und 2 festgelegten Beträgen mit der Anzahl Wähler pro Gemeinde multipliziert wird; dass die klagenden Parteien die Genauigkeit der in den Artikeln 1 und 2 erwähnten Angaben und infolgedessen die Genauigkeit der in Artikel 3 festgelegten Beträge bestreiten;

dass die klagenden Parteien demzufolge Interesse daran haben, die Nichtigkeitserklärung des angefochtenen Erlasses zu beantragen, insofern dieser den ihnen jeweils zu Lasten gelegten Anteil festlegt;

In der Erwägung, dass der Erste Auditor-Berichtersteller in seinem Bericht einen Rechtsgrund ausgehend von der Verletzung von Artikel 36 § 2 Absatz 2 des ordentlichen Gesetzes vom 9. August 1980 zur Reform der Institutionen von Amts wegen geltend macht, laut dessen „[f]ür ihre Beziehungen mit den öffentlichen Diensten, deren Sitz sich in einer Gemeinde des deutschen Sprachgebiets befindet, [...] die Dienststellen der Wallonischen Regionalexekutive die deutsche Sprache [gebrauchen]“; dass er bemerkt, dass die beklagte Partei am 5. September 2011 an jede der klagenden Parteien, die alle Gemeinden des deutschsprachigen Gebiets sind, ein in französischer Sprache abgefasstes Schreiben gerichtet habe, in dem sie diese Gemeinden dazu aufgefordert habe, ihre eventuelle Entscheidung für das elektronische Wahlverfahren für die Wahlen von Oktober 2012 bekannt zu geben, und in dem sie sie darauf hingewiesen habe, dass der Unterschied zwischen dem Aufwand für das elektronische Wahlverfahren und dem Aufwand für die Stimmabgabe auf Papier zu ihrer Last im Verhältnis zur Wählerzahl pro Gemeinde fallen werde; dass er betrachtet, dass die Zusendung dieses Schreiben an die klagenden Parteien in Französisch gegen Artikel 36 § 2 Absatz 2 des o.a. Gesetzes vom 9. August 1980 verstoße; dass er hervorhebt, dass die Gesetzgebung über den Sprachengebrauch die öffentliche Ordnung betreffe und dass deren Verletzung von Amts wegen geltend gemacht werden könne;

dass er daran erinnert, dass gemäß Artikel 58 Absatz 1 der am 18. Juli 1966 koordinierten Gesetze über den Sprachengebrauch in Verwaltungsangelegenheiten „Verwaltungsakte und -verordnungen, die hinsichtlich der Form oder des Inhalts gegen die Bestimmungen der vorliegenden koordinierten Gesetze verstoßen, nichtig [sind]“; dass er hervorhebt, dass diese Bestimmung durch Artikel 42 des o.a. ordentlichen Gesetzes vom 9. August 1980 auf die Dienststellen der beklagten Partei für anwendbar erklärt worden sei;

dass er behauptet, dass die Strafe der Nichtigkeit auch anwendbar sei, wenn vorbereitende Dokumente, die einen wesentlichen Bestandteil der Verwaltungsakte bilden, in einer anderen Sprache als in der durch die Gesetze über den Sprachengebrauch vorgeschriebenen Sprache abgefasst worden sind; dass er der Ansicht ist, dass das Schreiben der beklagten Partei vom 5. September 2011 einen wesentlichen Bestandteil der Verwaltungsakte bilde, da es die Entscheidung der Gemeinden, das elektronische Wahlverfahren anzuwenden, betreffe und dass diese Entscheidung zur Folge habe, dass die durch den beanstandeten Erlass festgelegten finanziellen Anteile zu ihren Lasten gelegt würden;

dass er erläutert, dass der von Amts wegen geltend gemachte Rechtsgrund nicht die Klagen von zwanzig Gemeinden des französischen Sprachgebiets gegen den

beanstandeten Erlass, in denen der Staatsrat durch den o.a. Entscheid Nr. 229.503 vom 9. Dezember 2014 dem Verfassungsgerichtshof Vorabentscheidungsfragen gestellt hat, betreffe; dass er somit der Meinung ist, dass über die vorliegenden Klagen aufgrund des von ihm von Amts wegen vorgebrachten und zum Bereich der öffentlichen Ordnung gehörenden Rechtsgrunds entschieden werden kann, ohne dass auf die Antworten des Verfassungsgerichtshofs auf die vom Staatsrat gestellten Vorabentscheidungsfragen gewartet werden müsse;

In der Erwägung, dass die beklagte Partei während der Sitzung geltend gemacht hat, dass das Schreiben vom 5. September 2011 die Rechtslage seiner Adressaten nicht ändere und demzufolge kein „Verwaltungsakt“ oder keine „Verwaltungsverordnung“ im Sinne von Artikel 58 der o.a. koordinierten Gesetze vom 18. Juli 1966 sei; dass sie daraus schlussfolgert, dass dieses Schreiben nicht als „nichtig“ aufgrund dieser Bestimmung betrachtet werden könne; dass sie erläutert, dass selbst wenn dieses Schreiben wegen der Verletzung der Gesetze über den Sprachengebrauch nichtig wäre, es sich um eine Nichtigkeit wegen Formfehlers handeln würde, die gemäß Artikel 58 Absatz 3 der o.a. koordinierten Gesetze vom 18. Juli 1966 rückwirkend behoben werden könne; dass sie bemerkt, dass der angefochtene Erlass im Belgischen Staatsblatt in deutscher Sprache veröffentlicht worden sei und er somit den Vorschriften der Gesetzgebung über den Sprachengebrauch entspreche;

dass sie ebenfalls behauptet, dass das Schreiben vom 5. September 2011 kein vorbereitender Akt des beanstandeten Erlasses sei, weil Artikel L4211-3 KLDD nicht vorschreibe, Fragen oder Informationen wie diejenigen, die im betreffenden Schreiben enthalten sind, an die Gemeinden zu richten; dass ihrer Ansicht nach eine eventuelle Unregelmäßigkeit des Schreibens vom 5. September 2011 hinsichtlich des Sprachengebrauchs somit nicht zur Nichtigkeit des angefochtenen Aktes führen könne; dass sie bemerkt, dass diese Lage keineswegs mit der Lage vergleichbar sei, in der der beauftragte Beamte sein Gutachten über einen Antrag auf Städtebaugenehmigung in einer anderen Sprache als in der ihm auferlegten Sprache abgibt, da das Gutachten des beauftragten Beamten im Verfahren zur Erteilung der Städtebaugenehmigungen ausdrücklich vorgeschrieben sei;

dass sie auch daran erinnert, dass die rückwirkende Kraft von Artikel 22 des Dekrets vom 19. Dezember 2012 zur Festlegung des allgemeinen Einnahmenhaushaltsplans der Wallonischen Region für das Haushaltsjahr 2013, durch den ein Paragraph 5, der die Rechtsgrundlage des angefochtenen Erlasses bilde, in Artikel L4211-3 KLDD eingefügt worden ist, vor dem Verfassungsgerichtshof beanstandet werde;

dass sie aus dem Vorstehenden schlussfolgert, dass der von dem Ersten Auditor-Berichterstatter von Amts wegen geltend gemachte Rechtsgrund zu komplex sei um nach einer kurzen Verhandlung entschieden werden zu können und

dass sie beantragt, dass die Rechtssachen an das ordentliche Verfahren verwiesen werden;

In der Erwägung, dass, was den vom Ersten Auditor-Berichtersteller von Amts wegen geltend gemachten Rechtsgrund betrifft, die beklagte Partei in ihrem Schreiben vom 5. September 2011 die Gemeinden, an die dieses Schreiben gerichtet ist, dazu auffordert anzugeben, ob sie die Absicht haben, das elektronische Wahlverfahren für die Gemeinde - und Provinzialwahlen von Oktober 2012 anzuwenden, und sie über die finanziellen Folgen einer entsprechenden Entscheidung unterrichtet, und zwar die Pflicht, die Ausgaben des elektronischen Wahlverfahrens, die die Kosten der Wahl mit Stimmzettel überschreiten, zurückzuerstatten; dass dieses Schreiben zumindest indirekt rechtliche Auswirkungen auf die Gemeinden haben kann, an die es gerichtet ist; dass dieses Schreiben auf Französisch abgefasst ist unter Verletzung von Artikel 36, § 2, Absatz 2, des o.a. ordentlichen Gesetzes vom 9. August 1980, und somit nichtig ist gemäss Artikel 58, Absatz 1 der o.a. koordinierten Gesetze vom 18. Juli 1966 in Zusammenhang mit Artikel 42 des o.a. ordentlichen Gesetzes vom 9. August 1980, insofern es an die klagenden Parteien gerichtet ist;

In der Erwägung, dass die Pflichten, die der angefochtene Erlass den klagenden Parteien auferlegt, die Konsequenz der Entscheidungen sind, die diese infolge des Schreibens der beklagten Partei vom 5. September 2011 getroffen haben; dass die Nichtigkeit dieses Schreibens demnach die Nichtigkeit des angefochtenen Erlasses zur Folge hat, insofern dieser die klagenden Parteien betrifft;

In der Erwägung, dass den Schlussfolgerungen des Berichts des Ersten Auditors-Berichterstatters beigetreten werden kann,

ENTSCHEIDET:

Artikel 1.

Die unter den Verzeichnissen A. 211.386/Vbis-127, A. 211.388/Vbis-128, A. 211.389/Vbis-129, A. 211.391/Vbis-130, A. 211.392/Vbis-131, A. 211.394/Vbis-132, A. 211.399/Vbis-133, A. 211.400/Vbis-134 und A. 211.402/Vbis-135 in die Liste eingetragenen Rechtssachen werden zusammengefügt.

Artikel 2.

Der Erlass der Wallonischen Regierung vom 7. November 2013 zur Ausführung von Artikel L4211-3, § 5 des Kodex für lokale Demokratie und Dezentralisierung wird für nichtig erklärt, insofern er die Städte und Gemeinden Raeren, Amel, Lontzen, Burg-Reuland, Sankt Vith, Bütgenbach, Kelmis, Büllingen und Eupen betrifft.

Die Nichtigkeitsklagen werden für das Übrige abgewiesen.

Artikel 3.

Die Kosten, festgelegt auf 1.575 Euro, werden zu Lasten der beklagten Partei gelegt.

Verkündet in Brüssel in öffentlicher Sitzung der Kammer Vbis am dreizehnten August zweitausendsechzehn von:

Frau VOGEL,	Staatsrat, stellvertretender Präsident,
Frau WIAME,	Kanzler.

Der Kanzler,

Der stellvertretende Präsident,

V. WIAME.

W. VOGEL.